

HOCHSCHULPAKT

Kleiner Gipfel vertagt Entscheidungen aufs Frühjahr

Von INGE MICHELS

Die beiden großen Projekte der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern werden fortgesetzt. Bundesbildungsministerin und GWK-Vorsitzende Annette Schavan (CDU) und der Berliner Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) gaben am Montag in Bonn bekannt, dass die Vertreter von Bund und Ländern sowohl die Fortsetzung des Hochschulpaktes beschlossen habe als auch die Fortschreibung des Paktes für Forschung und Innovation bis zum Jahr 2015.

Mit der Fortsetzung des Paktes sollen bis 2015 für die geburtenstarken Abiturientenjahrgänge 275 000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen werden. Wie diese Vorhaben konkret - das heißt finanziell - ausgestaltet werden soll, soll im Frühjahr 2009 nach Vorarbeiten von Arbeitsgruppen weiter beraten werden. De facto hat der "kleine" Bildungsgipfel die anstehenden Entscheidungen damit vertagt.

"Wir sind wieder ein Stück weitergekommen", lobte dagegen Schavan die Anstrengungen von Bund und Ländern und verwies darauf, dass Deutschland mit seinen Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Spitzengruppe in Europa gehört. "In absoluten Zahlen gibt kein Staat in Europa mehr für Forschung und Innovation aus als Deutschland." Prozentual liegt Deutschland mit 2,54 Prozent seiner am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessenen Ausgaben nach Schweden (3,73 Prozent) und Finnland (3,45 Prozent) an dritter Stelle.

Zwei Forschungseinrichtungen profitieren aktuell von den Investitionen: Die GWK gab sowohl zur Gründung eines Max-Planck-Institutes für die Physik des Lichts mit Sitz in Erlangen ihre Zustimmung als auch zur Errichtung des Max Planck Graduate Center mit der Uni Mainz zur gemeinsamen Ausbildung von Doktoranden.

Für Zündstoff könnte noch die Anregung des NRW-Wissenschaftsministers Andreas Pinkwart (FDP) sorgen. Unter seiner Leitung hat die GWK eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Stipendienwesen weiter entwickeln soll. Ziel des NRW-Ministers ist es, dass künftig zehn Prozent eines Jahrganges (jetzt: zwei Prozent) ein leistungsabhängiges, dabei elternunabhängiges Stipendium erhalten. Dass der Ausbau der Stipendien gerade auch im Hinblick auf die Steigerung der Akademikerquote unbestritten ist, darin zeigte sich die GWK einig. So ganz mochte Jürgen Zöllner seinem Kollegen Pinkwart jedoch nicht folgen. "Zuerst führt Nordrhein-Westfalen Studiengebühren ein, und dann will man den Studenten wieder etwas zurückgeben", monierte er. Laut dachte er in Bonn darüber nach, ob es nicht sinnvoll sei, wenn man schon mehr Geld für Stipendien und damit für Bildung in die Hand nehmen will, dieses zielgenauer einzusetzen.

Konkret macht Zöllner darauf aufmerksam, dass es Anreize brauche, junge Migrantinnen und Migranten dazu zu bewegen, ein Lehramtsstudium zu beginnen. Diese fehlten an den Schulen, ebenso wie Lehrer, die naturwissenschaftliche Fächer unterrichteten. Solche Überlegungen begrüßte auch Sachsen-Anhalts Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz (parteilos). Er sprach sich dafür aus, beim Ausbau der Stipendien den konkreten Bedarf zu berücksichtigen.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/wissenschaft/kleiner-gipfel-vertagt-entscheidungen-aufs-fruehjahr/-/1472788/3265686/-/index.html>